

Niederschrift

der X/27. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 30. November 2023
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:06 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 20:02 - 20:14 Uhr während TOP 5 ö. T.
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Matthias Albers
Markus Bette
Horst Broeske
Dr. Thorsten Conze
Dieter Eickelmann
Michael Eiloff
Rudolf Ewers
Michael Franke
Mathias Geißler
Annette Gerbe
Alexander Gödeke
Hubertus Guntermann
Hubertus Heuel
Christian Hömberg
Katja Lutter
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Maike Ochsenfeld
Luca Putzu
René Rinke
Hannah Roßwinkel
Heinz-Josef Rötz
Bernd Schrewe
Andreas Schulte
Dr. Matthias Schütte
Hubert Stratmann
Daniel Sztul
Stefan Vollmer
Friedrich Freiherr von Weichs
Dietmar Weber
Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke

Beigeordneter Andreas Plett

Stadtamtsrat Holger Entian

Stadtverwaltungsrätin Nicole Mette

bis TOP 19 ö. T.

Stadtamtsrätin Ellen Radmacher

Stadtangestellter Berthold Vogt

zu TOP 2 ö. T.

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Aufgrund besonderer Einladung

Stadtbrandinspektor Stefan Kaiser

Leiter der Freiwilligen Feuerwehr

Stadtbrandinspektor Jürgen Schneider

Stellv. Leiter der Freiwilligen Feuerwehr

Entschuldigt fehlen

Hans-Georg Bette

Ulrich Cater

Angela Degner

Marco Guntermann

Günter Schütte

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Zum Totengedenken erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Am 1. Oktober 2023 verstarb im Alter von 85 Jahren Herr Heinz Steinhoff aus Fleckenberg.

Herr Steinhoff begann 1974 als Stadtvertreter seine kommunalpolitische Tätigkeit. Über die kommunale Neugliederung 1975 hinaus übte er sein Mandat sowohl in der Stadtvertretung als auch in verschiedenen Ausschüssen der Stadt Schmallenberg bis 1989 aus. Darüber hinaus war er seit der erstmaligen Wahl im Oktober 1975 über 14 Jahre als Ortsvorsteher für die Ortschaften Fleckenberg, Jagdhaus, Wulwesort und Waidmannsruh tätig.

Die Stadt Schmallenberg ist dem Verstorbenen für seine engagierte Arbeit zu Dank verpflichtet und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Tagesordnung ist in der Einladung aufgeführt. Herr König trägt vor, dass er mit Schreiben vom 29.11.2023 vorgeschlagen hatte, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um

**TOP 23 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Bad Fredeburg
- Festlegung des Entwicklungsbereichs als Stadtumbaugebiet
gem. § 171 b BauGB**

Vorlage X/856

zu ergänzen. Verschiedenes würde dann TOP 24. Die dazugehörige Vorlage X/856 wurde in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Bedenken gegen die Ergänzung der Tagesordnung werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2. Bestellung eines neuen Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg	X/845
3. 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schmallenberg Zusammenfassende Änderung von "Gewerbliche Baufläche" in die Freiraumdarstellung "Fläche für die Landwirtschaft" für insgesamt 2 Teilflächen in den Ortsteilen Schmallenberg und Dorlar - Prüfung und Auswertung der frühzeitigen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB - Information über das Ergebnis der landesplanerischen Anpassungsanfrage gem. § 34 Abs. 1 LPlG NRW - Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB	X/835
4. Anpassung der Fraktionszuwendungen	X/836
5. Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2024 und Beschluss a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2024-2027 c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024	X/811
6. Beschlussfassung über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2022	X/843
7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im dritten Quartal 2023	X/825
8. Cyber-Angriff auf die S-IT - Aktuelle Informationen und Kostenentwicklung	X/850
9. Zweitwohnungsteuer - Erlass des 5. Nachtrags zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Schmallenberg	X/799
10. Gewährung von Zuschüssen zur Grünflächenpflege der Verkehrsvereine sowie zur Qualitätssicherung der Kurorte der Stadt Schmallenberg	X/833
11. Öffentliche Betrauung der Schmallenger Sauerland Tourismus GmbH durch die Stadt Schmallenberg mit der bedarfsgerechten Bereitstellung von Leistungen der Tourismusförderung - Anpassung der Ausgleichszahlung	X/832
12. Satzung der Stadt Schmallenberg über die Erhebung von Kurbeiträgen (Kurbeitragssatzung) - Erlass des 3. Nachtrags	X/827
13. Neue Entgeltordnung Kurhaus und Stadthalle	X/854

14.	SauerlandBAD GmbH - Anpassung Geschäftsbesorgungsentgelt und Änderung Betriebsführungsvertrag	X/846
15.	Zuschussantrag des Tennisclubs Schmallenberg e.V. zur Tennisplatzsanierung	X/783
16.	Neubau Kultur- und Bildungszentrum KuBiz am Schulzentrum Schmallenberg	X/848
17.	Fortschreibung Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Schmallenberg	X/847
18.	Neufassung der Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern Bad Fredeburg	X/831
19.	Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg - Erlass der 2. Änderungssatzung	X/802
20.	Nachbesetzung im Bezirksausschuss Schmallenberg	X/851
21.	Nachbesetzung im Technischen Ausschuss sowie im Energie- und Klimabeirat	X/855
22.	Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand	X/817
23.	Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Bad Fredeburg - Festlegung des Entwicklungsbereichs als Stadtumbaugebiet gem. § 171 b BauGB	X/856
24.	Verschiedenes	

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1.	Erwerb einer gewerblichen Immobilie im Stadtteil Schmallenberg	X/828
2.	Veräußerung einer Gewerbefläche im Gewerbepark Hochsauerland	X/829
3.	Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Berghausen	X/852
4.	Information über durchgeführte Grundstücksgeschäfte gem. § 11 Abs. 4 der Zuständigkeitsordnung	X/853
5.	Neubau Kultur- und Bildungszentrum KuBiz am Schulzentrum Schmallenberg - Auftragsvergabe Planungsleistungen	X/834
6.	Verschiedenes	

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es meldet sich Herr Martin Stöwer mit Fragen zur Entwicklung des Sportplatzes am Schulzentrum Schmallenberg. Er stellt sich als Trainer des VfL Fleckenberg und des LAC Hochsauerland vor. Herr Stöwer führt aus, dass die Stadt dem Ziel, den Sportplatz als Vorzeigeeobjekt zu entwickeln, nie gerecht geworden sei. Er legt dar, dass die Stadt dem Sportplatz nie habe regelmäßige und gezielte Pflege zukommen lassen und zählt einige Beispiele auf, u. a. seltene Reinigung der Laufbahnabflüsse, so dass bei Regen das Wasser auf der Laufbahn stehe, die Böschung neben der Tribüne werde nicht gemäht, bei den Mülleimer sei unklar, wer für die Leerung zuständig sei, der Zustand der Kugelstoßanlage sei schlecht und von der zerfallenden Tribüne fallen Brösel auf die Laufbahn. Herr Stöwer stellt die Fragen, warum die Stadt ihren Pflegeaufgaben nicht nachkomme und ob es eine zuständige Person gebe, die den Zustand des Sportplatzes im Blick halte.

Herr Dicke erklärt, dass die Stadt die Anlage schon pflege. Für die Sanierung der Anlage gebe es einen Planungsansatz im Haushalt und ein Planungsauftrag sei vergeben worden. Es sei vorgesehen, im nächsten Jahr die Planung vorzustellen.

Herr Stöwer fragt, warum der Sportplatz nicht regelmäßig gepflegt werde und warum z. B. die herunterfallenden Blätter nicht weggeräumt werden.

Herr Dicke führt aus, dass schon eine Pflege durchgeführt werde. Er sagt zu, dem aber noch einmal nachzugehen.

Herr Stöwer möchte wissen, wer die Ansprechperson ist.

Herr König antwortet, dass konkrete Frage an Herrn Dicke als zuständigen Technischen Beigeordneten gegeben werden können.

Herr Stöwer teilt mit, dass ihm der Leiter des Tiefbauamtes im Frühjahr gesagt habe, dass eine grundlegende Sanierung des Platzes geplant sei. Er fragt, wie weit die Planung gediehen sei.

Herr Dicke berichtet, dass die Stadt einen Planungsauftrag an ein Ingenieurbüro vergeben habe. Inhalt des Auftrags sei die Planung des Platzes inklusive der Tribüne. Sobald die Planung vorliege, werde das Budget ermittelt.

Als nächstes meldet sich Herr Thomas Wiese und stellt sich als Vorsitzender des Stadtverbandes des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes e. V. (WLV) sowie des Vereins Mutterkuhhalter NRW e. V. vor. Er fragt, warum die Stadt Schmallenberg einer Fördermitgliedschaft im Verein Mutterkuhhalter NRW e. V. nicht positiv gesonnen sei. Er bittet, gleich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wohlwollend abzustimmen und eine Fördermitgliedschaft im Verein Mutterkuhhalter NRW e. V. mit einem Beitrag von 250 € jährlich zu beschließen.

Herr König legt dar, dass die Stadt Schmallenberg bei der Vielzahl der Vereine in keinem Förderverein Mitglied sei. Generell sei bisher immer eine Mitgliedschaft ausgeschlossen worden, das heiße aber nicht, dass nicht ggf. Ziele von Fördervereinen unterstützt werden.

TOP 2 Bestellung eines neuen Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg

X/845

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr König begrüßt zu diesem Punkt die Leitung der Freiwilligen Feuerwehr in Person von Stefan Kaiser, Peter Saßmannshausen sowie Jürgen Schneider und erläutert den Sachverhalt.

Sodann stellt sich Herr Schneider kurz persönlich vor und berichtet von seinem Werdegang in Beruf und Feuerwehr, bei der er seit 1991 aktives Mitglied des Löschzuges Bad Fredeburg sei.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, Stadtbrandinspektor Jürgen Schneider mit Wirkung vom 01.12.2023 gem. § 11 Abs. 1 Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg zu bestellen.

Anschließend übergibt Bürgermeister König Herrn Schneider die Bestellsurkunde und einen Blumenstrauß. Er informiert, dass Herr Kaiser auf seinen Wunsch hin als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr mit Ablauf des 30.11.2023 ausscheide und ihm die Entlassungsurkunde mit Wirkung vom 01.12.2023 im Rahmen der Jahresabschluss-Dienstbesprechung der Führungskräfte der Feuerwehr am 25.11.2023 ausgehändigt worden sei. Herr König würdigt die Arbeit von Herrn Kaiser und bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

- TOP 3 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schmallenberg**
Zusammenfassende Änderung von "Gewerbliche Baufläche" in die Freiraumdarstellung "Fläche für die Landwirtschaft" für insgesamt 2 Teilflächen in den Ortsteilen Schmallenberg und Dorlar
 - Prüfung und Auswertung der frühzeitigen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
 - Information über das Ergebnis der landesplanerischen Anpassungsanfrage gem. § 34 Abs. 1 LPlG NRW
 - Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB **X/835**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Herr Weber spricht den Umweltbericht und die Artenschutzprüfung an, die der Vorlage als Anlagen beigelegt sind. Da Acker- bzw. Grünfläche Ackerfläche bleibe, stelle sich die Frage, ob diese beiden Berichte/Prüfungen mit Blick auf die Bürokratie notwendig seien. Möglicherweise lasse sich über den Städte- und Gemeindebund NRW Druck ausüben, dass diese zukünftig entfallen. Es könne nicht sein, dass ein Artenschutzbericht gemacht werde für eine Ackerfläche, die Ackerfläche bleibe.

Herr König erklärt, er werde diese Anregung noch einmal mitnehmen und mit dem Regierungspräsidenten im Frühjahr besprechen und die Idee weiterreichen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung Schmallenberg stimmt den Abwägungs- und Beschlussvorschlägen der Verwaltungsvorlage X/835 zu und beschließt die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGGBuch für die gem. der erfolgten Abwägung auszufertigende Entwurfsfassung der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes.

TOP 4 Anpassung der Fraktionszuwendungen**X/836**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig ab 01.01.2024 folgende Anpassung der Fraktionszuwendungen:

Die Fraktionen/Gruppen erhalten einen fraktionsstärkeunabhängigen Sockelbetrag in Höhe von 200 € jährlich. Zusätzlich erhalten die Fraktionen/Gruppen Zuwendungen nach Maßstab der Fraktionsstärke in Höhe von 12 € pro Mitglied und Monat.

Die Zuwendungen werden quartalsweise ausgezahlt.

TOP 5 Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2024 und Beschluss**a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024****b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2024-2027****c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024****X/811**

Herr König führt aus, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit seinen Bestandteilen und Anlagen für das Haushaltsjahr 2024 von der Verwaltung am 28.09.2023 in den Rat eingebracht worden sei. Der Entwurf des Haushaltes sei am 3. Oktober öffentlich bekannt gemacht worden und habe im Anschluss bis zum gestrigen Tag zur Einsichtnahme öffentlich im Rathaus ausgelegen. Einwendungen von Einwohnern oder Abgabepflichtigen seien nicht vorgebracht worden. Mit Vorlage X/811 sei der Entwurf der Haushaltssatzung der aktuellen Entwicklung angepasst worden. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließe der Entwurf des Haushaltsplanes 2024 im Ergebnisplan mit einer Unterdeckung in Höhe von 1.968.000 €. Der Haushaltsentwurf sei durch eine geplante Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen. Die Unterdeckung im Finanzplan von 9,4 Mio. € könne durch Liquiditätsreserven gedeckt werden, Kreditaufnahmen mit Ausnahme für die Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften seien daher nicht erforderlich. Die für 2024 geplante Investitionssumme betrage rd. 23,7 Mio. €. Von der Verwaltung sei mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes vorgeschlagen worden, das Steuerentlastungspaket 2022/2023 mit den abgesenkten Steuersätzen für die Gemeindesteuern auslaufen zu lassen und zu den alten Steuersätzen zurückzukehren. Diese betragen für die Grundsteuer A 200 v.H., für die Grundsteuer B 400 v.H. und für die Gewerbesteuer 400 v.H.

Im Anschluss an die einleitenden Worte von Bürgermeister König tragen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von CDU, UWG, BFS, SPD, B'90/Die Grünen und Die PARTEI ihre Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2024 vor.

Zunächst trägt Herr Winkelmann für die CDU-Fraktion die Haushaltsrede vor, anschließend Herr Wiese für die UWG-Fraktion, Herr Ewers für die BFS-Fraktion, Herr Vollmer für die SPD-Fraktion, Herr Meyer für die B'90/Die Grünen-Fraktion und Herr Rinke für die Die PARTEI-Fraktion.

Die Redemanuskripte sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 - 6 beigelegt. Die vorgetragenen Worte können im Einzelnen davon abweichen.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsplanberatungen werden dann die Änderungsanträge der Fraktionen in der Reihenfolge der Produkte zur Diskussion und Abstimmung gestellt.

- **Produkt 11.01.01 - Politische Gremien**

Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 16.10.2023

Einrichtung eines Jugendparlamentes als Sprachrohr für die Jugend, welches sich vor Ort politischen Themen widmet und sich zu Themen äußert, die die Jugend in Schmallenberg betreffen und ihre Empfehlungen dem Stadtrat übermitteln.

Änderungsantrag der B`90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 17.11.2023 zum Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 16.10.2023

Einstellung eines Budgets von 5.000,00 € in den Haushalt für die Initiierung und Durchführung von Projekten zu selbst gewählten Themen und Einrichtung eines ständigen Sitzes im BSSK und Jugendhilfeausschuss mit jeweiligem Stimmrecht.

Herr Winkelmann führt aus, dass das Ziel, junge Menschen für Politik zu begeistern und sie einzubeziehen, unstreitig sei. Die Frage sei, ob ein Jugendparlament das richtige Mittel sei. Die CDU-Fraktion könne sich schon vorstellen, Mittel in Höhe von 5.000 € bereitzustellen, ähnlich des bereits bestehenden Budgets für den Stadtjugendring. Hinsichtlich der Mittelbereitstellung könne die CDU-Fraktion dem Antrag folgen. Bezüglich des anderen Teils der Anträge schlägt er eine Verweisung in den zuständigen Ausschuss und in die Fraktionen vor.

Herr Vollmer erklärt sich einverstanden mit der Mittelbereitstellung von 5.000 €. Bezüglich der im Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion genannten Zusammensetzung des Jugendparlamentes aus Jugendlichen der städtischen Schulen im Alter von 10 bis 18 könne er jedoch nicht mitgehen. Er würde eher ein Alter von 14 bis 24 vorschlagen.

Herr König weist auf den Vorschlag von Herrn Winkelmann hin, das Weitere dazu im Ausschuss zu beraten. Um im nächsten Jahr handlungsfähig zu sein, könne das Budget um 5.000 € gestärkt werden. Über die inhaltliche Ausgestaltung könne zu späterer Zeit im Ausschuss gesprochen werden.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, das Budget um 5.000 € zu verstärken.

- **Produkt 11.03.01 - Zentrale Dienste**

Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 16.11.2023

Beitritt der Stadt Schmallenberg als Fördermitglied des Vereins Mutterkuhhalter NRW e.V. und Mittelbereitstellung für den jährlichen Förderbeitrag von 250,00 €

Herr Stefan Wiese erklärt, dass er als gelernter Landwirt dem Thema verbunden sei, aber er sehe den Beitritt zu einem Verband kritisch und fragt, ob es nicht die Möglichkeit gebe, den Verband außerhalb einer Mitgliedschaft zu unterstützen.

Herr König regt an, diese Frage mit Herrn Thomas Wiese, der sich in der Einwohnerfragestunde zu diesem Thema zu Wort gemeldet hatte, zu besprechen. Er weist weiter auf die Vielzahl der Fördervereine hin.

Herr Winkelmann bringt eine Unterstützung in Form einer Projektförderung zur Sprache. Ein Beitritt zum Förderverein der Mutterkuhhalter wäre nicht sachgerecht im Hinblick auf alle anderen Fördervereine.

Herr Vollmer schlägt vor, dass die Verwaltung mit Herrn Thomas Wiese spricht und der Antrag der SPD-Fraktion zurückgestellt werde bzw. er ihn zurücknehmen würde.

Herr König fasst zum weiteren Vorgehen zusammen, dass die Verwaltung das Gespräch mit Herrn Wiese suchen und anschließend hier wieder darüber berichten werde. Einwände gegen diesen Vorschlag werden nicht erhoben.

- **Produkt 12.01.02 - Allgemeine Sicherheit und Ordnung**

Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 17.11.2023

Beantragt werden der Beitritt und die Unterstützung der "Initiative Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" für mehr Verkehrssicherheit, mehr Umwelt- und Lärmschutz sowie mehr städtebaulichen Einfluss. Die Mitgliedschaft ist kostenlos.

Herr Winkelmann legt dar, dass es unzählig viele Initiativen gebe, die die unterschiedlichsten Interessen vertreten. Er stellt die Frage, ob man überall beitreten wolle. Ziel der "Initiative Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit" sei, Tempo 30 in Ortschaften einzurichten. Er sehe den Bedarf nicht, sich einer solchen Initiative anzuschließen.

Herr Meyer führt aus, dass sich bereits über 1.000 Städte der Initiative angeschlossen haben und damit den Städten die Möglichkeit gegeben werden solle, laute Durchfahrten z. B. nachts zu vermeiden. Die meisten Kommunen, die beigetreten seien, liegen in Bayern. Der Beitritt koste nichts und man müsse nichts weiter tun. Es gehe nur darum, dass der Bundesrat sich dafür ausspreche, den Kommunen mehr Möglichkeiten zu geben.

Herrn Weber fällt als konkretes Beispiel die Oststraße für eine Tempo 30-Zone ein. Er meint, Tempo 30 führe zu einer erheblichen Reduzierung der Umweltbelastungen und man hätte damit weitere Gestaltungsmöglichkeiten.

Herr Ewers fragt, ob die Stadt selbst nicht die Möglichkeit hätte, Tempo 30 einzurichten.

Herr König erläutert, dass die Stadt als Untere Straßenverkehrsbehörde mit im Boot sei und sich an die gesetzlichen Regelungen halten müsse. Daher müssen bei Einrichtung von Tempo 30 die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Herr Ewers hält es für sinnvoll, der Initiative beizutreten, um Druck auf eine Gesetzesänderung auszuüben.

Herr Dr. Schütte gibt zu bedenken, dass ein Beitritt auch Betreuungsaufwand und Teilnahme an Mitgliederversammlungen nach sich ziehe. Derzeit sei die vom Bundestag beschlossene Novelle des Straßenverkehrsgesetzes im Bundesrat. Damit laufe die Gesetzesinitiative auf Bundesebene.

Herr Meyer weist darauf hin, dass die vom Bundestag beschlossene Novelle des Straßenverkehrsgesetzes vom Bundesrat noch nicht beschlossen, sondern an den Vermittlungsausschuss verwiesen worden sei. Über die Initiative solle Druck auf den Bundesrat ausgeübt werden.

Herr König schlägt vor, ein Vierteljahr abzuwarten, um zu sehen, wie die Gesetzesinitiative umgesetzt werde und die Entscheidung des Vermittlungsausschusses abzuwarten.

Bedenken gegen diesen Vorschlag werden nicht erhoben.

- **Produkt 31.01.04 - Hilfen nach AsylBLG**

Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 17.11.2023

Beantragt wird eine Personalstelle für die Einrichtung einer Koordinationsstelle im Personalhaushalt (Entgeltgruppe 11) für die Erstellung eines geeigneten Konzepts im Umgang mit Geflüchteten sowie die Initiierung eines Beirats aus bereits integrierten Menschen mit Fluchtbiografie damit geflüchtete Menschen in Schmallenberg

eine Stimme verliehen bekommen. Für die Arbeit des Beirats sollen 5.000,00 € als Budget im Haushalt eingestellt werden.

Kostenschätzung Verwaltung für eine Stelle der Entgeltgruppe E11: 94.000 €

Frau Roßwinkel begründet den Antrag und stellt dabei zwei Aspekte hervor. Zum einen stecke in dem Antrag die Überlegung, zu verhindern, dass es zu Spaltungstendenzen komme und darauf geachtet werde, Massenunterkünfte zu vermeiden und den sozialen Frieden beizubehalten. Außerdem könne die Koordinierungsstelle mit potenziellen Arbeitgebern zusammenarbeiten und Wohnungseigentümer z. B. durch Hinweise auf die Beratung durch die KfW und bei der Frage von Fördermöglichkeiten unterstützen. Sie führt aus, dass in den Nachbarländern mehr Flüchtlinge unterkommen als in Deutschland. Der zweite Teil des Antrags betreffe die Initiierung eines Beirats. Hier müsse sie sich zunächst für den vorletzten Satz in dem Antrag entschuldigen. Dieser sei Nonsense und inhaltlich nicht richtig. Sie verdeutlicht den Wunsch, Menschen mit Flüchtlingsbiografie als Chance wahrzunehmen. Die Koordinierungsstelle könne Ansprechstelle für einen Beirat sein.

Herr Gödeke möchte die Quelle wissen, woher Frau Roßwinkel die Aussage habe, dass in den Nachbarländern mehr Flüchtlinge unterkommen als in Deutschland.

Frau Roßwinkel präzisiert, dass es so sei, dass in den direkten Nachbarländern der Krisengebiete mehr Flüchtlinge aufgenommen werden als in Deutschland.

Für Herrn Weber stellt die die Frage, wie die Verwaltung diesen Antrag sieht.

Herr Winkelmann führt aus, dass er glaube, dass die Verwaltung mehr Unterstützung benötige, wenn der Flüchtlingsstrom weiter anhalte. Den Stellenplan um eine Stelle zu erweitern sei sachgerecht. Viele Dinge, die im Antrag genannt seien, werden von Frau Oberstadt bereits geleistet. Er spricht sich dafür aus, wenn eine zusätzliche Stelle geschaffen werde, dann solle die konkrete Aufgabenordnung in die Hände der Verwaltung gegeben werden. Der erste Schritt wäre, eine Stelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausgestaltung dieser Stelle sei Aufgabe des Bürgermeisters.

Beigeordneter Plett berichtet, dass das Thema Flüchtlinge in der Verwaltung bei Frau Oberstadt angesiedelt sei und das Team im Sozialamt eine wirklich gute Arbeit mache. So führe Frau Oberstadt z. B. die Erstgespräche mit den Flüchtlingen und unterstütze bei der Vermittlung von Unterkünften und Arbeit. Das bedeute, dass eine Koordinierungsstelle schon vorhanden sei. In den letzten Monaten sei Frau Oberstadt eine weitere Kraft zur Seite gestellt worden. Die Betreuung der Geflüchteten in den Unterkünften erfolgte durch sog. "Objektbetreuer". Eher in diesem Bereich benötige die Verwaltung Unterstützung. Deshalb unterstütze er die Erweiterung des Stellenplanes. Zum Thema Beirat führt Herr Plett aus, dass er befürchte, dass die Betreuung dieses Gremiums zusätzliche Verwaltungskraft binde. Deshalb stehe er der Einrichtung eines Beirats eher kritisch gegenüber.

Frau Roßwinkel erklärt, dass es um die Konzepterstellung gehe.

Herr Winkelmann teilt die Ausführungen von Herrn Plett. Ein eigenes, zusätzliches Gremium halte er nicht für sinnvoll. Er sei dabei, wenn es um ein Angebot für Flüchtlinge gebe, sich zu engagieren und auch bei der Einrichtung eines Budgets von 5.000 €.

Herr König stellt zunächst die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zur Abstimmung.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, im Stellenplan 2024 eine zusätzliche Stelle für den von Beigeordneten Plett beschriebenen Zweck einzurichten.

Frau Roßwinkel bemerkt, dass man das Gremium auch "Netzwerktreffen" nennen könne.

Herr Winkelmann konkretisiert seinen Vorschlag, ein Budget von 5.000 € zur Verfügung zu stellen für den Zweck, dass Flüchtlinge sich austauschen können, um sich zu integrieren.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, im Haushalt 2024 ein Budget von 5.000 € bereitzustellen für den Zweck des Austausches und der Integration von Flüchtlingen.

- **Produkt 51.01.01 - Stadtplanung und Bodenordnung**
Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 29.11.2023
Einstellung eines Betrages von 30.000 € in den Haushalt zur Beauftragung einer PV-Freiflächenanlagen-Potentialanalyse und Beantragung einer 90 % - Förderung im NRW-Förderprogramm progres.nrw

Herr Wiese erläutert den Antrag und führt aus, dass eigentlich der Hochsauerlandkreis den Förderantrag auch für die Städte und Gemeinden stellen wollte. Nun habe aber der Hochsauerlandkreis in einem Schreiben empfohlen, dass jede Kommune einen eigenen Antrag stellt. Es gehe darum, dass die Stadt nun Kontakt zu einem Planungsbüro aufnehme und die Sache in Gang bringe.

Herr Entian informiert, dass das erwähnte Schreiben des Hochsauerlandkreises die Verwaltung am Montag erreicht habe mit der Information, dass die Kommunen bis Mitte 2024 einen Antrag stellen können. Auf der Internetseite der Bezirksregierung Arnsberg sei zu lesen, dass Förderanträge im Rahmen der Förderrichtlinie "progres.nrw" nur bis 04.12.2023 gestellt werden können. Bis dahin lasse sich das nicht leisten. Ob die Landesförderung für Photovoltaikanlagen in 2024 fortgeführt werde, sei derzeit aufgrund der angespannten Haushaltslage in Frage gestellt.

Herr König erläutert, dass das Büro Energielenker beauftragt worden sei, einen Kriterienkatalog für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu erstellen. Ein Entwurf dieses Kriterienkataloges liege der Verwaltung seit einer Woche vor. Sein Vorschlag sei, dass die Verwaltung den Kriterienkatalog zunächst auswerte.

Herr Wiese stellt fest, dass es aufgrund der Fristverkürzung bis kommenden Montag keinen Sinn mache, den Antrag der UWG-Fraktion aufrecht zu erhalten. Es solle dann so wie von Herrn König vorgeschlagen vorgegangen werden.

Herr Winkelmann erklärt, dass der Kriterienkatalog des Büros Energielenker kurz vor der letzten Sitzung des Energie- und Klimabeirates (EKB) eingetroffen sei und im EKB besprochen worden sei, dass der Kriterienkatalog zunächst im EKB vorgestellt und erläutert werde. Er sehe es als Aufgabe des EKB an, Handlungsempfehlungen anzusprechen.

Herr Weber ergänzt, dass deshalb der Antrag so kurzfristig gestellt worden sei, weil die UWG-Fraktion erst so kurzfristig von dem Schreiben des Hochsauerlandkreises erfahren habe. Aus Sicht der UWG-Fraktion solle aber die Thematik weiter verfolgt werden.

Nach kurzer Beratung zum weiteren Vorgehen in der heutigen Haushaltsplanberatung meint Herr Wiese, dass es nur um 3.000 € gehe und dieser Betrag sollte bei der Haushaltslage der Stadt machbar sein. Er erklärt sich damit einverstanden, heute über den Antrag nicht abzustimmen.

Herr König führt aus, dass die Verwaltung die Thematik weiter beobachten und dem EKB den Entwurf des Kriterienkatalogs vorlegen werde.

- **Produkt 52.03.01 - Stadt- und Dorferneuerung**

Antrag der BFS-Ratsfraktion vom 28.10.2023

Einstellung von 30.000 € in den Haushalt für die Bezuschussung der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf privaten Wohn- und sonstigen Gebäuden. Die Anlagen sollen mit 200 €/ je Balkonkraftwerk (Maximalleistung 800 Wp) und 500 € für Photovoltaikanlagen (von 3 bis 15 kWp) bezuschusst werden.

Herr Winkelmann erklärt, dass das Thema schon mal diskutiert worden sei und die CDU-Fraktion aus Wirtschaftlichkeitsgründen den Bedarf für eine solche Bezuschussung nicht sehe und die Mittel dafür nicht erforderlich seien. Es würden nur Mitnahmeeffekte entstehen.

Herr Ewers führt aus, dass die Stadt Meschede zwei Mal ein Förderprogramm von 30.000 € für Balkonkraftwerke aufgelegt habe. Die BFS-Fraktion sehe das als gute Anlage.

Die Stadtvertretung lehnt den Antrag der BFS-Fraktion auf Bereitstellung von 30.000 € in den Haushalt 2024 für die Bezuschussung der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf privaten Wohn- und sonstigen Gebäuden bei 15 Ja-Stimmen mit 19 Gegenstimmen mehrheitlich ab.

- **Produkt 52.03.01 - Stadt- und Dorferneuerung**

Antrag des CDU-Ortsverbandes Bödefeld vom 02.11.2023

Berücksichtigung eines Planungsansatzes im Haushalt für die Folgenutzung der Fläche des Hallenbades Bödefeld.

Hinweis: Es wurde bereits im Haushaltsentwurf ein Planungsansatz von 5.000,00 € unter Produkt 520301, Maßnahme 526 eingestellt.

Herr Matthias Albers berichtet, dass sich die Beteiligten getroffen haben und gerne einen höheren Betrag sehen würden.

Herr Winkelmann führt aus, dass wichtig sei, eine Nachfolgenutzung für die Fläche im Sinne aller Beteiligten hinzubekommen. Die CDU-Fraktion sehe keine Nachnutzung in Form der Immobilie. Evtl. komme ein Skaterpark oder eine Fläche für Spiel und Sport in Frage. Daher sei ein Betrag von 5.000 € angemessen.

Herr König weist darauf hin, dass für das Haushaltsjahr 2024 Mittel für den Abriss und die Rekultivierung benötigt werden. 5.000 € sei der Planungsansatz.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, in den Haushalt 2024 einen Planungsansatz für die Folgenutzung der Fläche des Hallenbades Bödefeld in Höhe von 5.000 € bereitzustellen.

- **Produkt 54.01.02 - Fuß- und Radwege**

Antrag der BFS-Ratsfraktion vom 28.10.2023

Ausarbeitung eines flächendeckenden Radwegenetzes für die gesamte Stadt Schmallerberg durch die Stadtverwaltung und Erstellung durch ein Planungsbüro. Neben der Beantragung von Fördergeldern Einstellung eines Haushaltsansatzes von 60.000 €.

Herr Ewers nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der Haushaltsrede zur Planung und zum Ausbau von Radwegen. Des weiteren erwähnt er die Vorstellung des Nahmobilitätskonzeptes des Hochsauerlandkreises in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 21.11.2023. Vom Vortrag von Herrn Heering vom Planungsbüro LK-Argus in der Sitzung sei er enttäuscht gewesen, denn auf den Karten hätte man nichts erkennen können. Der BFS-Fraktion gehe es mit dem Antrag darum, Möglichkeiten zur Planung zu schaffen.

Herr Winkelmann legt dar, dass der Bau von Radwegen schwierig sei. Es scheitere oft daran, dass die Flächenverfügbarkeit nicht gegeben sei. Wenn man in das Konzept des Hochsauerlandkreises und nach den Verbindungen schaue, werde klar, dass z. B. Eslohe ganz andere Voraussetzungen habe als Schmallenberg. Schmallenberg als Flächenkommune müsse auch die unterschiedlichen Höhen berücksichtigen. Er gehe davon aus, dass der Hochsauerlandkreis noch detaillierte Unterlagen vorlegen werde. Ein zusätzliches Budget halte die CDU-Fraktion nicht für erforderlich.

Frau Roßwinkel fragt, ob noch etwas vom Hochsauerlandkreis zu erwarten sei.

Herr Dicke erläutert, dass Herr Heering vom Planungsbüro LK-Argus im Technischen Ausschuss berichtet habe, wie das Konzept erstellt worden sei. Ziel sei nicht gewesen, dass er in der Sitzung jedes Produkt bzw. einzelne Planungen zu Radwegen vorstellt. Als nächstes müsse eine Maßnahmenliste mit dem Hochsauerlandkreis und dem Landesbetrieb Straßen NRW erarbeitet werden. Voraussetzung für einen Radweg sei, dass eine gewisse Belastbarkeit auf der Straße vorhanden sei. Jede einzelne Maßnahme vorzustellen, hätte den Rahmen im Technischen Ausschuss gesprengt.

Herr König richtet die Frage an Herrn Franke als Vorsitzenden des Technischen Ausschusses, ob der Punkt zur Tagesordnung einer der nächsten Ausschusssitzungen genommen werden könne, um die Teilplanung für Schmallenberg stärker in den Blick zu nehmen.

Herr Franke signalisiert Zustimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung des Technischen Ausschusses, um dort dann die Planungen zu konkretisieren.

Herr Matthias Albers moniert, dass man sich zwei bis drei Jahre auf den Hochsauerlandkreis verlassen habe, um jetzt erschreckend festzustellen, dass für Schmallenberg nur vier bis fünf Kilometer geplant seien. Er meint, die Stadt müsse selbst ein vernünftiges Konzept erstellen.

Herr König führt aus, dass die Stadt mit dem Hochsauerlandkreis ein Nahmobilitätskonzept habe erarbeiten lassen. Es mache Sinn, dieses im größeren Rahmen zu betrachten. Nun müsse man das Vorgelegte auswerten. Ein zweites Konzept mache wenig Sinn.

Die Stadtvertretung beschließt mit großer Mehrheit, den Antrag der BFS-Fraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 60.000 € für die Ausarbeitung eines flächendeckenden Radwegenetzes für die gesamte Stadt Schmallenberg und Erstellung durch ein Planungsbüro, abzulehnen.

- **Produkt 54.01.02 - Fuß- und Radwege**
Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 20.11.2023
Einstellung von 15.000 € in den Haushalt für die Asphaltierung des ca. 200 m langen Schotterweges und die Beschilderung des Radweges von Bad Fredeburg nach Altenilpe, welcher als Notlösung in der hangseitigen Abstufung von der Altenilper Brücke etwa 200 m in Richtung Altenilpe führt.

Herr Dicke erläutert, dass im Zuge der Planung der Umgehungsstraße Bad Fredeburg die Anbindung der Straße nach Altenilpe nicht mit in der Planung enthalten gewesen sei. In der Ausführung habe jetzt eine Anbindung gefunden werden können, welche geschottert und mit einem Zaun versehen sei. Derzeit laufe die Umschreibung der Eigentumsverhältnisse. Der angesprochene Bereich befinde sich zurzeit im Eigentum des Landesbetriebs Straßen NRW. Künftig könne das Eigentum evtl. beim Hochsauerlandkreis liegen.

Herr Wiese führt aus, dass wichtig sei, dass 2024 der Weg vernünftig gemacht werde und dass ein Radweg entstehe, der qualitativ gut sei und nicht kaputt gehe.

Herr Winkelmann erklärt, dass die Maßnahme überschaubar sei und sich die CDU-Fraktion dem anschließen könne.

Herr König stellt fest, dass der Weg nicht der Stadt gehöre und deshalb nicht einfach von der Stadt asphaltiert werden könne. Er regt an, die Maßnahme beim Hochsauerlandkreis oder beim Landesbetrieb Straßen NRW zu verorten.

Herr Vollmer ist der Meinung, der Weg dürfe nicht geteert und die Fläche versiegelt werden.

Herr König schlägt vor, 15.000 € in den Haushalt 2024 einzustellen, die Frage zu klären, wem der Weg gehört und die Frage der Ausführung in den Technischen Ausschuss zu verweisen. Dem schließt sich die Stadtvertretung einstimmig an.

Weitere Anträge zum Haushalt 2024 und Wortmeldungen liegen nicht vor.

An dieser Stelle wird die Sitzung von 20:02 bis 20:14 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung trägt Kämmerer Plett den Beschlussvorschlag für die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024, für den Ergebnis- und Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 und für den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 vor, der sodann von Bürgermeister König zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

a) Haushaltssatzung der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Schmallenberg mit Beschluss vom 30.11.2023 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Kommune voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	78.106.900,00 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	80.084.900,00 €
im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	72.816.800,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	72.617.400,00 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	11.172.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	23.695.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	3.165.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	330.000,00 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 2.200.000,00 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich sind, wird auf 13.840.000,00 € festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 1.978.000,00 € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.500.000,00 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2024 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 200 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 400 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 400 v.H. |

§ 7

(Wiederherstellung Haushaltsausgleich) - entfällt

b) Beschluss des Ergebnis- und Finanzplans für die Jahre 2025 - 2027

Die Stadtvertretung beschließt den Ergebnisplan für die Jahre 2025 - 2027 mit einem Saldo von

-2.403.000 € für 2025
 -2.613.000 € für 2026
 -2.693.000 € für 2027

und den Finanzplan für die Jahre 2025 - 2027 mit einem Saldo von

-15.202.000 € für 2025
 -16.324.600 € für 2026
 - 4.983.900 € für 2027

c) Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024

Die Stadtvertretung beschließt den Stellenplan 2024 in der mit dem Entwurf vorgelegten Fassung mit Ausweisung einer zusätzlichen Personalstelle im Bereich Betreuung von Geflüchteten.

TOP 6 Beschlussfassung über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2022 X/843

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 und stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022 fest.

TOP 7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im dritten Quartal 2023 X/825

Die im 3. Quartal entstandenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtvertretung nimmt die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von insgesamt 32.968,91 € zur Kenntnis.

**TOP 8 Cyber-Angriff auf die S-IT
- Aktuelle Informationen und Kostenentwicklung X/850**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr König ergänzt, dass er hoffe, dass morgen der E-Mail-Server mit einem deutlich erhöhtem Sicherheitslevel wieder in Betrieb genommen werden könne.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die in Vorlage X/850 dargelegten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt rd. 100.000 € für das Haushaltsjahr 2023 zur Kenntnis. Weitere Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € sollen mit dem Haushalt 2024 für Maßnahmen der Cyber-Sicherheit bereitgestellt werden.

**TOP 9 Zweitwohnungsteuer
- Erlass des 5. Nachtrags zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Schmallingenberg X/799**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage beiliegenden Entwurf des 5. Nachtrags zur Satzung der Stadt Schmallingenberg über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer als Satzung.

TOP 10 Gewährung von Zuschüssen zur Grünflächenpflege der Verkehrsvereine sowie zur Qualitätssicherung der Kurorte der Stadt Schmallenberg X/833

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Rat der Stadt Schmallenberg beschließt, dem Aufgabenbereich Tourismus zur Pflege der Grünflächen sowie zur Qualitätssicherung in den Kurorten, wie in der Vorlage beschrieben, einen Zuschuss in Höhe von 50.000 € ab dem Jahr 2024 zur Verfügung zu stellen.

**TOP 11 Öffentliche Betrauung der Schmallenger Sauerland Tourismus GmbH durch die Stadt Schmallenberg mit der bedarfsgerechten Bereitstellung von Leistungen der Tourismusförderung
- Anpassung der Ausgleichszahlung X/832**

Frau Lutter erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung dieses Punktes nicht teil.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Rat der Stadt Schmallenberg beschließt, die auf Grundlage des Betrauungsaktes an die Schmallenger Sauerland Tourismus GmbH (SST) zu bewilligende Ausgleichszahlung ab dem Jahr 2024 auf 300.000 € zu erhöhen.

**TOP 12 Satzung der Stadt Schmallenberg über die Erhebung von Kurbeiträgen (Kurbeitragssatzung)
- Erlass des 3. Nachtrags X/827**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Entwurf des 3. Nachtrags der Satzung der Stadt Schmallenberg über die Erhebung von Kurbeiträgen als Satzung.

TOP 13 Neue Entgeltordnung Kurhaus und Stadthalle X/854

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage beiliegenden Entwurf der Entgeltordnung 01.01.2024 bis 31.12.2026 für die Stadthalle Schmallenberg und das Kurhaus Bad Fredeburg als Entgeltordnung. Die Festsetzung der Nebenkosten obliegt dem Bürgermeister.

TOP 14 SauerlandBAD GmbH
- Anpassung Geschäftsbesorgungsentgelt und Änderung Betriebs-
führungsvertrag **X/846**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Auf Nachfrage von Herrn Matthias Albers erläutert Herr König die Gründe für die Personalkosten-Erhöhung und die Preisentwicklungen im Energiebereich. Er teilt weiter mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt habe, dass das Geschäftsbesorgungsentgelt ab 01.01.2024 jährlich um 200.000 € auf 965.000 € erhöht werde.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, das Geschäftsbesorgungsentgelt an die SauerlandBAD GmbH ab 01.01.2024 jährlich um 200.000 € auf 965.000 € zu erhöhen und § 4 Satz 2 des Betriebsführungsvertrags in Form eines Nachtragvertrags entsprechend zu ändern.

TOP 15 Zuschussantrag des Tennisclubs Schmallenberg e.V. zur Tennisplatz-
sanierung **X/783**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung bewilligt dem Tennisclub Schmallenberg e.V. für die Erneuerung von drei Tennisplätzen einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, max. 75.000 €, und beschließt die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 55.000 € zu Lasten des Haushaltsplanes 2024.

TOP 16 Neubau Kultur- und Bildungszentrum KuBiz am Schulzentrum
Schmallenberg **X/848**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlicher Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die Erläuterungen und Hinweise zur Kenntnis und beschließt die Fortführung der Projektplanung für den Neubau des Kultur- und Bildungszentrums (KuBiz) am Schulzentrum Schmallenberg.

TOP 17 Fortschreibung Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Schmallenberg
X/847

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage beiliegenden Entwurf der 8. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes als Abwasserbeseitigungskonzept.

TOP 18 Neufassung der Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern Bad Fredeburg X/831

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss. Herr Dicke erläutert die Änderungen aus dem Bezirksausschuss Bad Fredeburg.

Bei 1 Enthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung Schmallenberg beschließt den der Anlage zur Vorlage X/831 beigefügten Entwurf der Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Bad Fredeburg als Satzung, welche rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft tritt.

TOP 19 Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg X/802
- Erlass der 2. Änderungssatzung

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt -und Finanzausschuss.

Herr von Weichs fragt, ob vor dem Hintergrund des aktuellen Cyber-Angriffs auf die S-IT und den damit verbundenen technischen Einschränkungen, die Option der Presseveröffentlichung von öffentlichen Bekanntmachungen weiter erhalten bleibt.

Frau Lingemann teilt mit, dass die Hauptsatzung in § 16 Absatz 2 für den Fall, dass eine öffentliche Bekanntmachung in der festgelegten Form in Folge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich ist, vorsieht, dass die Bekanntmachung ersatzweise durch Aushang an Anschlagtafeln in den Stadtteilen Schmallenberg, Bad Fredeburg und Bödefeld sowie nachrichtlich, ohne dass dies zur Rechtswirksamkeit erforderlich ist, in weiteren Ortsteilen erfolgt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage X/802 als Anlage beigefügten Satzungsentwurf als 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg.

TOP 20 Nachbesetzung im Bezirksausschuss Schmallenberg X/851

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung bestellt für den Bezirksausschuss Schmallenberg Herrn Christoph Klostermann als sachkundigen Bürger und Herrn Alfons Brüggemann als seinen persönlichen Stellvertreter.

TOP 21 Nachbesetzung im Technischen Ausschuss sowie im Energie- und Klimabeirat X/855

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung bestellt als Nachfolge für den ausgeschiedenen sachkundigen Bürger Daniel Schulte für den

- a) Technischen Ausschuss Herrn Wolfgang Krämer als ordentliches Mitglied sowie als dessen persönlichen Stellvertreter Herrn Franz-Josef Hellermann;
- b) Energiebeirat bzw. Energie- und Klimabeirat Herrn Markus Schulte-Göbel als ordentliches Mitglied sowie als dessen persönlichen Stellvertreter Herrn Christoph Schäfers.

**TOP 22 Fraktionsanträge
 - Information über den aktuellen Sachstand**

X/817

Der aktuelle Sachstand der Fraktionsanträge ist in der Vorlage aufgeführt.

Herr König kündigt zum Antrag der B'90-Die Grünen-Ratsfraktion "ÖPVN - Spätverbindungen zu den Bahnhöfen / Projekt LEADER" für die nächste Sitzungsrunde eine Vorlage an und teilt zum Antrag der SPD-Ratsfraktion auf Beteiligung an einer Energieerzeugungsgesellschaft mit, dass zu diesem Thema in der nächsten Woche ein Gespräch mit dem Hochsauerlandkreis terminiert sei und darüber in der nächsten Sitzungsrunde berichtet werde.

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der Fraktionsanträge zur Kenntnis.

**TOP 23 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Bad Fredeburg
 - Festlegung des Entwicklungsbereichs als Stadtumbaugebiet gem. §
 171 b BauGB**

X/856

Die Tagesordnung wurde zu Beginn der Sitzung um diesen Punkt ergänzt.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn Entian erläutert.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Gebietsabgrenzung des Entwicklungsbereiches Bad Fredeburg als Stadtumbaugebiet nach § 171 b BauGB.

TOP 24 Verschiedenes

**TOP 24.1 Resolution des Rates der Stadt Schmallenberg zum Fachkrankenhaus
 Kloster Grafschaft**

Herr König nimmt Bezug auf die vom Rat am 24.08.2023 beschlossene Resolution zum Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft und teilt mit, dass der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 27.10.2023 geantwortet habe. Das Schreiben enthalte im Wesentlichen die drei folgenden Aussagen:

- Der neue Krankenhausplan soll mit Bedacht eine Neugestaltung der Krankenhauslandschaft erreichen, damit die wertvollen und knappen Ressourcen - auch personeller Art - besser genutzt werden können als bisher.

- Für die kleineren bedarfsnotwendigen Krankenhäuser wurden zudem besondere Regelungen geschaffen, um auf die jeweilige regionale Situation eingehen zu können. Dies soll dazu beitragen, dass ein insgesamt wirtschaftlich tragfähiges Versorgungsspektrum zugewiesen werden kann. Damit soll eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und dem Bedarf entsprechende Gesundheitsversorgung - gerade auch im ländlichen Raum - gewährleistet werden.
- Derzeit werden die Verhandlungsergebnisse von den zuständigen Bezirksregierungen geprüft und bewertet und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Anschluss zur Entscheidung vorgelegt. Folglich kann zum derzeitigen Zeitpunkt keine Aussage zu den einzelnen Verhandlungsergebnissen gemacht werden.

Herr König zieht als Fazit, dass die Resolution beim Land angekommen sei, es aber derzeit keine belastbaren Aussagen gebe. Die Verwaltung werde weiter berichten.